

Danziger Zeitung

Nr. 16265.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Retterbagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Januar.

Die Herrenhausadresse.

Erst gestern früh, unmittelbar vor dem Beginn der Adressdebatte im Herrenhause ist der Wortlaut der Adresse bekannt geworden, welche die Commission des hohen Hauses zur Annahme in Vorschlag gebracht hatte. Daß diese Action, welche das Herrenhaus im Namen des preussischen Volkes in Scene setzt, bis zum letzten entscheidenden Augenblick geheim gehalten worden ist, läßt der Inhalt der Rundgebung als durchaus gerechtfertigt erscheinen. Ein Actenstück, wie das vorliegende, verträgt allerdings keine Kritik. Es genügt, nur einen Satz anzuführen: „Nach einem Hinweis auf die mögliche Kriegsgefahr fährt der Adressentwurf fort:

„Dahin ist mit dem ganzen Lande das preussische Herrenhaus tief bewegt, daß Ew. Kaiserl. und Königl. Majestät nach einer so langen glorieichen und gelebten Regierung der Schmerz nicht erlöst ist, daß die Bewilligung der Mittel, welche Allerhöchstdieselben und die verbundenen Regierungen in einem solchen Augenblicke zur vollen Wehrhaftigkeit der deutschen Armee erforderlich halten, an eine Einschränkung geknüpft wurde, welche, dem auf wiederholten Compromissen beruhenden Vertrauen entgegen, von Ew. Kaiserl. und Königl. Majestät für unannehmbar gehalten und in Folge dessen die Auflösung des Reichstags für geboten erachtet wurde.“

Der Kaiser hat, nach der Behauptung dieser Adresse, „entgegen dem Verkommen“ die Bewilligung der erhöhten Friedensprämie auf 3 Jahre für unannehmbar gehalten! Was die Urheber der Adresse sagen wollten, ist kein Geheimnis. Der vorliegende Adressentwurf ist bereits die dritte verschleierte Auflage des ursprünglichen von den Herren v. Kleist-Rekow u. Gen. entworfenen Antrags; und dieser Antrag hatte keinen anderen Zweck, als den einer Entziehungskundgebung an die Adresse des Reichstags. Die unverständlichen, jeder logischen Verknüpfung entbehrenden Phrasen des vorliegenden Entwurfs sind das traurige Ergebnis der Bemühungen, die anstößigen Worte zu beseitigen, ohne die Kundgebung als solche unmöglich zu machen. Einen verständlicheren Sinn hat die Adresse nur für den, der die ursprünglichen Entwürfe kennt, und für diesen bedeutet die Adresse ein eclatantes Mißtrauensvotum, welches eine flüchtige, lediglich auf landesherrlicher Berufung beruhende Vertretung dem auf der breiten Basis des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts beruhenden Reichs-Parlament zu ertheilen mag! Und was das Seltsamste ist, Mitglieder des Reichstags, wie der Herrg. von Rathhorst und Herrg. v. Kleist-Rekow, drängen sich bei dieser Action in den Vordergrund! Indessen die Consequenzen dieses Thuns werden nicht den Reichstag treffen, sondern vielleicht das preussische Herrenhaus selbst, dessen Umgestaltung im Sinne eines wahrhaft constitutionellen Regiments eine alte Forderung selbst der nationalliberalen Partei ist.

Was im übrigen die Bedeutung der Kundgebung betrifft, so wäre es von besonderem Interesse, die Namen derjenigen Mitglieder zu kennen, welche sich der Unterzeichnung der Adresse durch Wegbleiben aus der geistigen Sitzung entgegen haben. Es befinden sich darunter nicht nur Ultramontane und Polen, sondern auch hocharistokratische Namen, die über den Verdacht, mit den Reichsfeinden zu sympathisieren, erhaben sind, die es aber, obgleich Mitglieder des preussischen Herrenhauses, nicht über sich bringen konnten, an einer Demonstration gegen den Reichstag, den sie vielleicht selbst angehören, Theil zu nehmen. Damit ist aber nicht gesagt, daß die neue Fraktion des Herrenhauses unter den Unterzeichnern der Adresse überhaupt nicht vertreten ist. Es genügt, Herrn Dr. Dernburg zu nennen, der allerdings in dieser Frage eine von der Haltung seiner engeren Parteigenossen sehr abweichende Stellung eingenommen hat. Unjehere hat es überbracht, daß Herr Dernburg vorgestern in einem Berliner Blatte erklärte, es sei nicht richtig, daß derselbe eine Verklärung der Motive des Antrags Solomachier befürwortet habe. In Herrenhauskreisen hat man allerdings diesen Ein-

druck gehabt und wird auch heute noch Herr Dernburg als einer derjenigen bezeichnet, welche am eifrigsten für ein rückhaltloses Vorgehen gegen den Reichstag eingetreten sind.

Adressgefühle im Abgeordnetenhaus.

Ob das preussische Abgeordnetenhaus dem Beispiele des Herrenhauses in der Adressdebatte, wie es die conservative Fraktion wünscht, folgen wird, steht nach der „Kreuztg.“ noch dahin, „da die beglückten Verhandlungen mit den Nationalliberalen noch nicht zum Abschluß gelangt sind.“ Zu deutsch heißt das, daß die Nationalliberalen und ein wenig wohl auch die Freiconservativen, wenig Neigung zeigen, dem Beispiele der reactionären Pairis zu folgen und zwar aus einem sehr einfachen Grunde. In der exclusiven Sphäre des preussischen Herrenhauses sind die Gegner einer solchen Kundgebung von vornherein zum Schweigen verurtheilt. Im Abgeordnetenhaus würde ein Adressentwurf, der seine Spitze gegen den Reichstag führen müßte, den Vorführern der Mehrheitspartei den aufgelösten Reichstags die erwünschte Gelegenheit bieten, gegen die Fälschung der Thatfachen zu protestieren, welche die gouvernementale Presse mit bewundernswürdiger Virtuosität betreibt. Schreibt doch heute z. B. die „Kreuztg.“, „eine irreführende Mehrheit im deutschen Reichstage verläßt dem deutschen Kaiser, dem Begründer des Reichs, die Mittel, welcher er zur dauernden Festigung desselben bedürfte!“ Hoffentlich gelingt es den Conservativen, die Nationalliberalen des Abgeordnetenhaus für den Antrag auf Erlass einer Adresse zu gewinnen. Das Weitere wird sich dann schon finden.

Der „gehäffigste Wahlaufsch.“

wie er schon in unseren Morgentelegrammen bezeichnet wurde, ist derjenige der freiconservativen Partei. Hier heißt es:

„Das deutsche Volk soll an der Wahlurne die Entscheidung geben über den geistlichen Fortbestand seines glorreichen Reiches unter der Führung des Kaisers. Der Ausfall der Wahl bedeutet Krieg oder Frieden; denn das gewichtige und hoch ernste Wort unseres Feldmarschalls Moltke: „Wird die Forderung der Regierung abgelehnt, so haben wir den Krieg ganz sicher“, läßt sich nicht deuten oder wegleugnen. Das deutsche Volk soll sich entscheiden, ob es die geschnittenen, gegenwärtigen und ruhigen Entschlüsse des Deutschen Reiches, entsprechend der ersten Mahnung des Reichskaisers, will oder eine ungewisse, von äußeren Gefahren und inneren Kämpfen begrabene Zukunft, welche den Verfall des Vaterlandes herbeiführen droht.“

In dem aufgelösten Reichstage haben Ultramontane und in deren Gefolgschaft die Deutschfreisinnigen die Heeresvorlage unter dem Deckmantel eines Zugeständnisses zu Falle gebracht. Den Ausschlag gaben dabei die ausgesprochenen Gegner des deutschen Reiches: Polen, französische Elässler, Weisen, Dänen und die Socialdemokraten.

Deutsche Wähler, könnt Ihr Euer Vertrauen setzen in Männer, welche solche Bündnisse schließen und so den wahren Willen des Volkes durch Parteimänner fälschen! Gegenüber dieser unnatürlichen Vereinigung so verschiedener Elemente haben die drei Parteien, welche Kaiser und Reich auf ihre Bahnen geschrieben, sich zu gemeinsamen Vorgehen verbunden.

Jetzt ist es Sache der Wähler, zu zeigen, daß sie die Einheit und Sicherheit des Vaterlandes, welche allein Freiheit und Wohlstand gewährleisten, höher stellen, als die Interessen von Parteien, deren Herrschaftsgelüste nur nach eigener Befriedigung streben. Jetzt kommt es darauf an, Männer zu wählen, denen das Vaterlandes Größe und Sicherheit am Herzen liegt, und welche den Rath derjenigen nicht gering achten, die uns die Einheit Deutschlands und seine Wachstumsstellung erkämpft und die schwere Aufgabe der Erhaltung des Friedens mit so vielem Erfolge bisher gelöst haben.

Ein Graf, ein edler Graf steht an der Spitze, ein Freiherr am Ende der Unterzeichner dieses Documentes, eines Conglomerats von Phrasen und Unwahrheiten; die hier aufgestellten Behauptungen schlagen meistens der Wahrheit und den notorischen Thatfachen ins Gesicht. Die Herren Graf Behr und Genossen belieben zu behaupten, die Deutschfreisinnigen hätten „die Heeresvorlage unter dem Deckmantel eines Zugeständnisses zu Falle gebracht.“ Die Deutschfreisinnigen haben bekanntlich in Wahrheit die Vorlage auf drei Jahre angenommen und

dies haben sie in dem aufrichtigen Willen gethan, etwas Positives zu bieten; von einem „Deckmantel“ zu andern Zwecken war nicht die Rede. Diese dreifache Infamie ist mit Berachtung zurückzuweisen. Im Bruckstone sittlicher Entrüstung wird soeben gesagt, daß die ausgesprochenen Gegner des deutschen Reichs, die Polen, Elässler, Weisen, Dänen und die Socialdemokraten „den Ausschlag gaben.“ In Wahrheit aber haben die Socialdemokraten, der Däne und mehrere Elässler gar nicht mitgestimmt und — der energischste der Protestler, Antoine, stimmte gegen die Majorität.

Der Aufruf beliebt sich ferner die Parole anzulegen: „Die Ablehnung der Vorlage bedeutet den Krieg.“ Wie sehr diese Parole hinkt, haben die Herren in ihrem chauvinistischen Eifer freilich gar nicht bemerkt. Graf Moltke sprach jenes Wort vor der Abstimmung. Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage. Auch hat Moltke hierbei nur von seinem Glauben, seiner Auffassung gesprochen, keineswegs in bestimmter Form den Krieg als unausweichlich hingestellt. Ferner hat Moltke ausdrücklich constatirt, die Bereitwilligkeit, die Mittel zu bewilligen, werde ihre Wirkung nach Außen nicht verfehlen.“ Und diese Mittel wurden nicht verweigert. Es liegt in dem Aufrufe eine vollkommene Entstellung des fraglichen Ausspruchs vor.

Außerdem hat Fürst Bismarck Erklärung über die äußere Lage des Reichs geändert und die Besorgnisse vor einem Kriege mit zwei Fronten völlig verschleudert. Wenn man jetzt noch an jenen Worte festhält, so verfolgt man den Zweck, die Wähler in Angst und Schrecken zu versetzen, vergißt aber völlig, daß man dem Fürsten Bismarck als Leiter der äußeren Politik doch im Grunde ein recht großes Mißtrauensvotum ausstellt. Bisher hielten doch wohl auch die Freiconservativen den Reichstagsführer für einen Meister und für den einflussreichsten Mann auf diesem Gebiete. Und jetzt sollte die Lage so schwankend sein, daß vom Ausfalle der Wahlen zu einem Parlamente, das in der äußeren Politik so gut wie nichts zu sagen hat, Krieg und Frieden abhängt? Jetzt sollte Fürst Bismarck die Fälscher der Worte haben und bei seiner Friedenspolitik auf die Wahlen angewiesen sein? Fürst Bismarck dürfte sich von diesem Compliment seiner freiconservativen Anhänger wenig erbaut fühlen.

Ueberhaupt ist die Wahlagitation der Freiconservativen die klügliche von allen. Sie scheinen sich der Haltlosigkeit der Argumente, mit denen sie federn, auch völlig bewußt zu sein, und für ihren Mangel an Vertrauen zur eigenen Kraft spricht die Sehnsucht, mit welcher sie der kaiserlichen Botenschaft entgegenstehen. Von dieser erwarten sie alles Heil. So heißt es in dem Organ der freiconservativen Partei, der „Post“: „In Millionen und abermalen Millionen von Exemplaren müßte die Botenschaft in Flugblattform gedruckt und dafür Sorge getragen werden, daß sie auf dem Wege der amtlichen Verbreitung in jede Hütte, in jeden Palast, in jede Bodenkammer, in jeden Keller hingelange, wo überall ein Deutscher wohnen mag. Außerdem wäre es nöthig, sie wiederholt überall da vertheilen zu lassen, wo Menschen in größerer oder kleinerer Anzahl zusammen kommen: also in allen Restaurationen, Schenken, Dorfweihenbäuern, auf Dampfschiffen, Eisenbahnen, in Fabriken, Werkstätten etc. um die Discussion darüber anzuregen.“

Welch ein klägliches Schauspiel der Souveränmentalität, dieses förmliche Winkeln um Hilfe von oben!

Herrenhaus und Volk.

Die Adressdebatte im Herrenhause hat zu Erörterungen darüber Anlaß gegeben, ob das Herrenhaus das Recht hat, im Namen des preussischen Volkes zu sprechen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beruft sich für das Recht des Herrenhauses auf den Artikel 83 der preussischen Verfassung, welcher lautet: „Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes.“ Aber als jener Artikel 83 festgesetzt wurde, hatte der Artikel 65, welcher sich auf die Zusammenfassung der „Ersten Kammer“ bezog, einen ganz anderen Inhalt als heute. Danach sollte die erste

Kammer aus den großjährigen königlichen Prinzen, aus den Häuptern der ehemals unmittelbar reichsfürstlichen Häuser in Preußen und aus solchen Mitgliedern bestehen, welche der König auf Lebenszeit ernannte. Daneben aber sollten 90 Mitglieder in durch Geleß festgestellten Wahlkreisen durch die Höchstbesteuerten durch directe Wahl gewählt werden und 30 weitere nach Maßgabe des Gesetzes von den Gemeinderäthen gewählte Mitglieder aus den größeren Städten des Landes in das Haus eintreten. Und diese 120 gewählten Mitglieder sollten unter allen Umständen die Majorität der ersten Kammer bilden, welche, insofern sie gewählt war, auch aufgelöst werden konnte. Aber die Reaction der 50er Jahre hat an die Stelle der „Ersten Kammer“ das jetzige Herrenhaus gesetzt, dessen Recht, als Vertretung des ganzen Volkes angesehen zu werden, doch zweifelhafter ist, als der Wortlaut der Verfassung annehmen lassen sollte.

In der holländischen ersten Kammer

erhob gestern der ehemalige Minister Tal van Boortollet Einsprache dagegen, daß die belgische Regierung die Dampfer des Norddeutschen Lloyd von der Zahlung der Bootsengebühren auf der Schelde, welche gemäß dem niederländisch-belgischen Vertrage von 1839 zu zahlen sind, befreit habe. Der Minister des Aeußern van Karnebeel erklärte, daß er die Ansicht Tal's theile und eine entsprechende Mittheilung bereits an die belgische Regierung gerichtet habe. Tal ersuchte den Minister, die aus obigem Vertrage sich ergebenden Rechte Hollands auch fernerhin aufrecht zu halten und gegen jede weitere Verletzung seitens Belgiens Einsprache zu erheben.

Die Bulgarenfrage.

Aus vertrauenswürdiger bulgarischer Quelle in Sofia geht der „Pol. Corr.“ nachstehende Mittheilung zu: „Der in einer Pariser Zeitschrift der „Politischen Correspondenz“ entwickelte Gedanke der Einberufung einer europäischen Konferenz zur Regelung der bulgarischen Frage, sobald die bulgarische Regentenschaft ihre Demission gegeben haben werde, gilt in den derzeit maßgebenden bulgarischen Kreisen als ein sehr glücklicher, und von bulgarischer Seite steht seiner Verwirklichung kein Hinderniß im Wege. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bulgarischen Regenten ihre Demission zu geben bereit sind, sobald sie die Zusicherung erhalten, daß die Austragung der bulgarischen Frage in nicht ferner Zeit im Wege einer europäischen Konferenz erfolgt, und falls die derzeitige Sobranie anerkannt wird.“

Die in Rom weilenden bulgarischen Delegirten statten gestern Nachmittag auch dem Ministerpräsidenten Depretis einen Besuch ab. Derselbe bezog sich im Laufe der Unterhaltung durchaus auf die von dem Grafen Robilant über die Deputation gegebenen Erklärungen und sagte, die Schwierigkeiten, denen Bulgarien begegne, würden mit Klugheit und indem man auf dem Boden der Verträge zu bleiben suche, ohne große Schwierigkeiten überwinden werden.

Die Porte hat, einer Wiener Meldung des „S. T.“ zufolge, die bulgarische Deputation telegraphisch eingeladen, ehestens nach Konstantinopel zu kommen, vermutlich beabsichtigt Anbahnung einer Verständigung mit Jantow.

Das Vorgehen gegen Irland.

Der conservative „Standard“ ist der Ansicht, daß der Plan der Regierung, sie in die Lage zu versetzen, mit der Verschönerung in Irland wirkungsvoller verfahren zu können, eher wegen seiner Mäßigkeit als wegen seiner Strenge der Kritik offen steht. Die Tradition der Strafflosigkeit in Irland müsse niedergeboren werden. Der erste Gebrauch von der Gewalt, mit welcher das Parlament die Excutive bewaffnen werde, sollte direct gegen die Urheber und Führer des in den verschiedenen Lokaitäten angeführten Unheils gerichtet sein. Schnelle Strafe sollte den Mann ereilen, der, wer er auch sei, offen erklärt, daß ein Pächter, der freudig seinen erblichen Pachtzins bezahlt, ein Aus-

Kammermusik.

Dem Kammermusikabend der philharmonischen Gesellschaft leuchtete insofern kein Stern, als sich das Programm wegen verfallenden Gales im Dunkeln abspielte. Vergebens harre man auf die Erfüllung des Wunsches, „und es ward Licht!“ Das tüchtige Das blieb eingefroren, aber glücklicherweise nicht die Stimmung der Zuhörer, welche vielleicht um so regeren Antheil an dem Dargebotenen nahmen, als die Verstärkung des Sehens weggelassen und mit um so größerer Sammlung des Gehörs gehört werden konnte. Der Musikabend begann mit dem vielfach interessanten, trefflich gearbeiteten Pianoforte-Quartett (A-moll) von Fr. Kiel, das hier vor einer Reihe von Jahren in einer der Trioloiren des Referenten zur ersten Aufführung kam. Das Werk gehört im Ganzen der Schumann'schen Richtung an, aber mit entschiedener Ablehnung an klassische Formen. Es fehlt weniger durch melodische Erfindungskraft, durch ursprüngliche Genialität, als durch die meisterhafte Handhabung der musikalischen Technik, durch contrapunctisches Geschick und geistvolle thematische Durchführung, nach der rhythmischen wie nach der harmonischen Seite. Dabei tritt dann der poetisch gestaltende Musiker hinter dem gelehrten mitunter zurück, und man möchte dem Watten blühender und erweiternder Melodie größere Rechte eingeräumt haben, als der wenn noch so imponierenden Reflexion. Im glücklichsten Entfand zeigt sich der Componist in den beiden Mittelstücken. Das Adagio hat einen innigen melodischen Zug und ist dabei von vorzüglicher Klangwirkung. Im Scherzo pulst Leben und Humor in origineller Rhythmik, während sich als schöner Gegenatz dazu in dem Trio eine reizvolle, sehr art gehaltene Melodie anknüpft, die jedem Hörer sympathisch sein wird.

Das Werk war mit großem Fleiß vorbereitet und fand, bei technischer Geschicklichkeit der Spieler, eine recht exacte, verständnisvolle Ausführung. Der Pianofortepart, den Fräul. Schöpf übernommen hatte, gebort nicht eigentlich zu den hervorragenden dankbaren und begünstigt weniger ein virtuelles Herausstreiten des Spielers, als eine energische Behandlung des Rhythmischen und Harmonischen. In diesem Sinne bewährte sich Fräul. Schöpf als eine sichere, tactvolle Pianistin. Recht dankbar ist die Geigenpartie bedacht; sie fand auch einen schon oft mit Vergnügen gehörten Interpreten, der aus seinem Instrument einen schönen, gefangenen Ton zu ziehen versteht und über eine sehr schätzenswerte Technik, speciell für klassische Musik, gebietet. In recht discreter, anscheinender Weise führte Herr Musikdirektor Stade seinen Cellopart durch, auch der geliebte Vertreter der Bratsche, den Dilettantenkreisen angehörend, führte seine Aufgabe mit tadellosem Gelingen aus. — Den Löwenantheil an dem Kammermusikabend hatte der geschätzte Violinist, welcher in allen drei Werken das Podium mit Ehren behauptete. Großen Anlaß fand sein kluger, von eingehendem Studium zeugender Vortrag der altklassischen G-moll-Sonate von Tartini. Es steht ein gediegener Kern in dieser zum großen Theil elegischen Composition, die den charakterisierenden Titel: „La Didone abbandonata“ führt. Der hier geforderten Erzielung eines breiten volles Tons und eines gewissen ruhigen Vortrages kam der Spieler in erfreulichem Grade nach, er erntete denn auch für seine solide Leistung reichen und nachhaltigen Beifall. Fräul. Schöpf accompanirte die Sonate in gut musikalischer Weise. — Den Schluß des Abends bildete Beethoven's herrliches Septett für Streich- und Blasinstrumente, das hin und wieder zu hören Reiz ein hoher Genuß sein

wird für jeden Musikfreund, der sich einmal mit ganzer Seele dem Zauber eines ewigen Flutens anmutigster, theils sonig heiterer, theils seelenvoller Melodien hingeben möchte. Auch bei den tüchtig einstudierten Ausführenden war diese Hingabe bemerkbar, nicht weniger bei dem kunstfertigen Dirigenten, Herrn Kammerer, und so ergab sich denn eine im Ganzen recht gelungene, auch die Klangschönheit wahrende Wiedergabe, an der Referent nur die Ausstellung machen möchte, daß das Allegro des ersten Satzes und das Finale ihm im Zeitmaße etwas überhafter zu sein schienen. Jeder der sechs Sätze wurde durch reichen Beifall belohnt.

Die Sophienkirche in Konstantinopel.

Ueber den gegenwärtigen Zustand der Sophienkirche in Konstantinopel, welche bekanntlich von den Türken als Hauptmoschee benutzt wird, giebt ein im Orient weisender befreundeter Architekt in der „Magd. Ztg.“ eine wenig erbauende Nachricht. Das stolze, großartige Denkmal altchristlicher Baukunst, welches unter Justinian nach dem Jahre 532 durch Zioiores von Milet und Anthemios von Tralles errichtet wurde, geht unrettbar dem Untergange entgegen. Sowohl im Aeußeren wie im Innern hat der Verfall in einer Weise zugenommen, daß man dem gigantischen Bauwerk kaum noch ein Säculum zuerkennen kann. Im Innern sind die Capitale der unteren Säulen, zwischen welchen man in die Nebenschiffe hineinkriecht, und weiter jene der darüber befindlichen Emporen fast sämmtlich verfallend, die Archivolten von Nissen durchsetzt und die oberen Wandflächen geborsten. An den Wölbungen der Absiden des Mittelschiffes erkennt man unglückliche Reste, welche einen baldigen Einsturz befürchten lassen. Und die vier Winkelpfeiler und deren Vierungsbogen,

auf welchen die 30 Meter Spannweite besitzende Kuppel ruht, weisen ebenfalls deutliche Spuren auf, daß ihnen bald die Last, welche sie tragen müssen, zu schwer wird. Kurz, nach der eingesetzten Schöpfung befindet sich die Sophienkirche im Zustande gräßlichster Verwahrlosung; die türkische Regierung trägt eben nur in der ungenügenden Weise für die Erhaltung dieses Baumerks Sorge. Die gewöhnliche Art der Restauration ist einfach die, daß die Risse mit Stucco zugemauert werden; selbstverständlich wird durch ein solches Verfahren die Stabilität der tragenden Bauglieder nicht erhalten. Es dürfte wohl die Frage angebracht sein, ob nicht auf dem Wege diplomatischer Vermittelung eine baldige und umfangreiche Restauration angeregt werden könnte. Der gesammten christlichen Welt und der gesammten Kunstwissenschaft dürfte wenigstens daran gelegen sein, ein Bauwerk erhalten zu sehen, welches sich als eine der ersten christlichen Kirchen und als das glänzende Beispiel einer basilicalen Centralanlage, wie sie eben nur das reiche Byzanz zu erbauen vermochte, darstellt. Vielleicht würde eine eindringliche Vorstellung bei der türkischen Regierung zur Folge haben, daß die „Gagja Sophia“ mindestens vor der ärgsten Unbill geschützt und in ihrem Bestande wenigstens noch auf 150 bis 200 Jahre erhalten würde. Leider sollen sich auch einige andere ehemals christliche Gotteshäuser, welche nach dem Untergange des byzantinischen Kaiserreichs von den osmanischen Eroberern zu Moscheen eingerichtet worden sind, in ähnlicher Verfassung wie die Sophienkirche befinden. Ganz besonders seien die Rodja Mustafa Paşa Djamissi, die ehemalige Andreaskirche, welche der Justinianischen Epoche nicht fern steht, und die 918 erbaute Grabkirche des Romanus Lacapenus, die jetzige „Budurms Djamissi“, stark gefährdet.

gestoheren sei, mit dem kein ausländischer Patriot irgend welchen Verkehr unterhalten dürfe. Auch werde es der Polizei keine große Schwierigkeit bereiten, den Verfassern der Edicte auf die Spur zu kommen, die in den geheimen Sitzungen der Räte erlassen werden.

Die „Morning Post“ bezweifelt nicht, daß das Gesetz Amendement, welches das Parlament annehmen dürfte, in Irland nicht als die Handlung irgend einer besonderen Partei oder irgend einer Klasse angesehen werden wird, sondern als ein allgemeiner Entschluß, Freiheit und Eigentum zu schützen.

Die Meldung besprechend, daß die Regierung in der Cabinetsitzung am Sonnabend beschloß, zur Unterdrückung der agrarischen Revolution in Irland vom Parlament größere Gewalten zu verlangen, sagt die „St. James' Gazette“ am Schluß ihres diesbezüglichen Artikels: „Der Unwille gegen die Liga ist weitverbreitet und tief. Das Volk unterwirft sich einer starken Liga gerade so, wie es sich einer starken Regierung unterwerfen würde. Aber die Liga ist unterminiert; ein wirklich energischer Schlag müßte sie zerschmettern. Mag dieser Schlag geführt werden, und zwar ohne Verzögerung. Wenn legislative Hilfe erforderlich ist, mag sie nachgesucht werden, und zwar in solcher Ausdehnung, daß sie den Jwed erfüllt, für den sie nachgesucht wird.“

Frankreich und Madagaskar.

Die madagassische Botschaft ist in Paris eingetroffen. Der Botschafter, ein Sohn des madagassischen Premierministers, ist Kriegsminister. Kein Zweifel, daß er mit der geheimen Mission betraut ist, sich über die militärische Macht Frankreichs Klarheit zu verschaffen und sodann seiner Regierung Bericht zu erstatten. Man erwartet somit, daß die Hovas, wenigstens für einige Zeit, aus dem status quo nicht heraustreten werden. Selbstverständlich wird es dem madagassischen Botschafter gestattet werden, Arsenal, Kasernen, Kanonen-Geschützen und Armeemagazine zu besuchen; er wird von all diesen Etablissements und den in denselben befindlichen Vorräthen sicherlich einen imponierenden Eindruck empfangen. Officiell hat der madagassische Botschafter die Mission, dem Präsidenten der Republik, Herrn Grévy, seine Aufwartung zu machen und im Ministerium des Aeußeren die Beschlüsse der madagassischen Regierung vorzutragen. Das französische Cabinet wird jedoch keine bisherige Politik betreffend Madagaskar ungeändert forsetzen.

England und Frankreich an der Somalifüste.

Der englische Botschafter Lord Lyons theilte gestern in Paris dem Minister des Aeußeren, Flourens, mit, daß die britische Regierung den Viceconsul Ring in Zeilab abzugeben beschlossen habe; derselbe werde am 24. Januar Zeilab verlassen. Daraus hin erklärte Minister Flourens, daß auch der französische Consul Henry von Zeilab abberufen werden würde. Dem Vernehmen nach erfolgen diese Abberufungen, um in Betreff der Action Englands und Frankreichs an der Somalifüste ein Einverständnis anzubahnen.

Deutschland.

L. Berlin, 19. Januar. Dem Herrenhause ist heute der Entwurf einer Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz und der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Kompetenz der Selbstverwaltungsbehörden bei Festsetzung der Leistungen für die Volksschulen zugegangen. Nach der Vorlage soll der Grundsatz, daß Änderungen der Schulbehörde, welche neue Kosten für die Unterhaltungspflichtigen zur Folge haben, bei dem Widerstande der letzteren der Prüfung und Beschlussfassung der Selbstverwaltungsbehörden unterliegen, nicht allein bei den Schulbauten, sondern auch insbesondere dann zur Anwendung kommen, wenn es sich um die Errichtung neuer Klassen oder Schulstellen, die Erhöhung der Lehrergehälter u. i. h. handelt. Es soll auf diese Weise mehr als bisher den lokalen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage der Schulunterhaltungsbedürftigen Rechnung getragen und den zahlreichen Klagen über die Unerträglichkeit der Lasten, welche den beteiligten Gemeinden und Verbänden für die Unterhaltung der Schulen auferlegt werden, entgegengekommen werden.

* [Berliner Candidaturen.] Stiller wird in Berlin nicht aufgestellt. Einer unserer Berliner Correspondenten schreibt uns von einem wohl nur scherzhaften Gerücht, wonach am 1. Wahlkreise die Conservativen — den Prinzen Wilhelm aufstellen wollen.

* [Freiherr v. Stauffenberg.] ist in Fürth-Erlangen wieder als Candidat aufgestellt worden.

* [Für Stiller.] Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „Das nationalliberal-conservative Wahlcartell muß selbstverständlich in seinem ganzen Inhalt anerkannt und befolgt werden. Ob auch beispielsweise Herr Stiller uns wegen seiner sonstigen Thätigkeit noch so verhaßt ist; er kommt für die Militärvorlage, und wenn die Conservativen ihn im Rahmen des Cartells in seinem früheren Wahlkreise aufstellen, so müssen die Nationalliberalen ihn wählen.“ Die „Köln. Ztg.“ ist bekanntlich selbst nationalliberal.

* [Zu Dr. Jühlke's Tod.] Ein zweiter Brief Gustav Denhardt's aus Zanzibar vom 20. Dezember bestätigt die früheren Angaben desselben über den Tod des Dr. Jühlke; außerdem enthalten auch mit dem letzten Post an Clemens Denhardt hier aus Lamu und aus Mtu angelaufene Briefe die Mitteilung, daß Dr. Jühlke in Kismaju von Somalis erschossen worden ist. Auch in diesen letzten Briefen wird ausgeführt, daß die Somalis über die bei ihnen gemachten sogenannten Erwerbungen sehr ungehalten und aufgeregter sind; die bisher in und bei Kismaju anwesenden Somalis sind von dort weggezogen, erscheinen daselbst nur hin und wieder am Tage und ziehen sich des Abends wieder von da zurück. Ein großer Teil derselben ist nach der vor einigen Wochen neu angelegten Ortschaft Mowarat am Juba übersiedelt, weil sie an ihren früheren Wohnorten befürchteten, daß Deutschland sie zwingen würde, sich mittelst der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft seiner Oberhoheit zu unterwerfen.

* [Die Subventionsdampfer] werden vom 26. Januar ab ihre Fahrten von Triest wieder aufnehmen, nachdem die Quarantäne über Alexandria aufgehoben worden ist. Der Norddeutsche Lloyd hatte das Ersuchen gestellt, als Endpunkt der Nebenlinie von Triest nicht mehr Alexandria, sondern Port Said anlaufen zu dürfen; doch konnte ihm das Ersuchen nicht gewährt werden, da die Dampferfahrten durch Gefeß festgelegt sind, also auch nur durch Gefeß geändert werden können. Wahrscheinlich wird dem nächsten Reichstage eine darauf bezügliche Vorlage gemacht werden. Nach Ankunft der Dampfer zu Alexandria werden nämlich die Passagiere und die Frachtgüter auf der Eisenbahn nach Suez (Port Tewfik) gebracht, in letzterem Hafen auf einen kleinen Dampfer und von diesem erst auf die großen asiatischen und australischen Dampfer verladen. Führt aber die Triester Nebenlinie bis nach Port Said, so brauchen

Passagiere und Güter nur einmal auf Canal-Dampfer umgeladen zu werden, und man kann die Eisenbahnfahrt ganz sparen.

* [Die amtlichen Berufszählungen] die durch die allgemeine Berufszählung von 1882 gewonnenen gewerbestatistischen Ergebnisse sind jetzt zum Abschluß gelangt. Nachdem die Ergebnisse für die Großstädte bereits vor Jahresfrist im zweiten Theil des 6. Bandes der Statistik des deutschen Reichs, und einige Monate später auch die für die Staaten und größeren Verwaltungsbezirke im 7. Bande veröffentlicht worden, liegen jetzt im nachschickenden ersten Theil des 6. Bandes die für das Reich aufgestellten Specialübersichten vor. Dieser neue Theil bringt außerdem zu den sämtlichen gewerbestatistischen Nachweisungen Verhältniszahlen und in dem einleitenden Text ausführliche Erklärungen; der übrige Inhalt besteht in einem systematischen und alphabetischen Verzeichniß der Gewerbe, in einer Uebersicht über die geographische Verbreitung einiger specieller Gewerbebezirke, endlich in kategorischen Darstellungen, für welche die letzten Nachweise die Grundlage abgeben. Wie gesagt, sind mit der vorliegenden Arbeit nunmehr sämtliche Ergebnisse der Berufszählung und der mit ihr verbundenen Aufnahmen in denjenigen Aufstellungen, welche nach den Bestimmungen des Bundesraths anzufertigen waren, bekannt gegeben.

Damit ist ein Werk zum Abschluß gebracht, für dessen Zustandekommen freilich außerordentliche Mittel aufgewandt und ungewöhnliche Anforderungen sowohl an die statistischen Centralstellen als auch an die bei der Erhebung beteiligten Staats- und Gemeindebehörden und an die Bevölkerung gestellt werden mußten. Es ist aber auch eine Fülle von Aufklärung über wirtschaftliche und sociale Thatsachen auf sicherer Zahlengrundlage gewonnen, wie sie in dieser Art und mit dem gleichen Grade von Genauigkeit die Statistik keines anderen Landes bietet, und es ist derjenige Zweck erreicht, welcher in den Motiven des unterm 5. Dezember 1881 dem Reichstage vorgelegten Gesetzesentwurfs, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik, mit den Worten bezeichnet ist: „Die auf diesem (dem socialpolitischen) Gebiete liegenden Aufgaben der Gesetzgebung werden nur dann eine gedeihliche Lösung finden können, wenn den gelegentlichen Factoren die Mächtigkeit gewährt wird, sich über die thatsächliche Entwicklung und derzeitige Gestalt des gesammten nationalen Erwerbslebens genau und zuverlässig zu unterrichten.“

* [Deutschland und die Pariser Weltausstellung.] Die „Köln. Z.“ hat gemeldet, daß die Einladungen zur Theilnahme Deutschlands an der Pariser Weltausstellung von 1889 in diesem Monat erlassen werden würden. Demgegenüber erklärt die Zeitung „Paris“, daß darüber seitens des französischen Ministeriums für Handel und Industrie noch keine Entscheidung getroffen sei.

* [Verpachtung der Domänen.] Nach der dem Abgeordnetenhaus übermittelten Nachweisung haben im Jahre 1886 Neuverpachtungen bei 37 Domänen stattgefunden. Hieron haben 23 Domänen einen Windertrag von zusammen 70 854 Mk. und 24 Domänen einen höheren Betrag von 95 076 Mk. ergeben, so daß sich eine Mehreinnahme von 24 222 Mk. ergibt, was einer Steigerung des bisherigen Pachtpreises um ca. 4 1/2 Proc. gleichkommt. Erhöhte Pachtpreise haben aufzuweisen 6 Domänen der Provinz Sachsen, 4 Domänen in der Provinz Hannover, 3 im Bezirk Straßburg, je eine in Posen, Oppeln und Frankfurt a. O.

* [Auswärtige Pressenurtheile.] Das „B. Z.“ schreibt: Während die officiellen Blätter in den ersten Tagen nach den Verhandlungen über die Militärvorlage nicht genug österreichische Pressenurtheile registriren konnten, weil die Stimmung in Oesterreich im ersten Augenblicke günstig für die Widerstandspartei schien, sind sie jetzt, da diese Stimmung nach ruhiger Betrachtung und Ueberlegung eine ganz andere Färbung angenommen hat, auf einmal merkwürdig still geworden. So haben wir in keiner der officiellen Zeitungen eine Erwähnung desjenigen Leitartikels der „Neuen fr. Presse“ gefunden, welcher mit folgenden Worten schließt:

„Das Streiteit ist nicht der Unterschied zwischen dem, was die Regierung begehrt und der Reichstag heute verweigert; um deswillen wäre die Auflösung nicht erfolgt. Das Streiteit ist der Reichstag selbst, dem sich die Machtvollkommenheit des obersten Kriegsherrn als etwas über und außer dem Reichstag erhebendes entgegenstellt. Entschieden das deutsche Volk gegen den Reichstag, so verzichtet es auf eine der wichtigsten Bedingungen, unter denen es seine Einheit begründete. Das ist der Preis des Kampfes, der heute in dem aufgelösten Parlament beendet wurde, um im Velle selbst neu zu entbrennen. Ein folgenreicher und befriediger Kampf hat die Nation niemals aufgewacht; sie hat ihr Schicksal in ihrer Hand.“

Es wäre doch zu erwarten, daß die officiöse Presse, nachdem sie den früheren Auslassungen der „Neuen freien Presse“ in so hohem Grade Beachtung geschenkt hat, nun auch ihre weiteren Aeußerungen nicht todichweigen würden.

* [Breiteraukau im Elssa.] Seit einigen Tagen geht durch die deutsche Presse die ursprünglich der „Straßburger Post“ entnommene Mitteilung, daß durch französische Händler colossale Vorräthe von Brettern im Elssa aufgefunden sind, die lediglich zur Aufstellung von Baracken geeignet sind. Die Richtigkeit dieser Angaben wird von der „Nat.-Ztg.“ und den „B. Nachr.“ bestätigt. Die erstere bemerkt hierzu: „Die Bretterlieferungen gehen nach St. Die, Grenoble, Tours und anderen Grenzorten; mit der Pariser Ausstellung haben sie keinen Zusammenhang, und es darf als mehr wie wahrscheinlich gelten, daß es sich um militärische Verwendungen handle. Ohne dieser Thatsache einen übertriebenen Werth beilegen zu wollen, verdient sie doch Erwähnung als ein zur Zeit noch nicht gelöstes Räthsel.“

* Aus Rulobstadt schreibt man der „Post. Ztg.“, daß der Stadtbaurath Hübner in Berlin die ihm von den Gouvernementsalton angetragene Candidatur zum Reichstage abgelehnt hat, da er in Rulob auf 4-5 Monate nach Japan gehe, um Rathschläge wegen Anlage einer Canalisation u. i. w. zu erteilen. (Interessantes Wissen — bemerkt die „B. Z.“ — hat der Magistrat sich noch nicht darüber schlüssig gemacht, ob Herr Hübner bei einem Gehalt von jährlich 20 000 Mk. ein so langer Urlaub bewilligt werden soll.)

Hannover. Auch die Welsen haben jetzt einen Wahlausruf erlassen, in dem es heißt:

„Die log. „nationalen“ Parteien mit ihrer Agitation für ungenügende Verrechnung der Heeresmacht halten die Wälder in steter Kriegsbewegung und lähmen alles Vertrauen. Aber die Zukunft gehört nicht den großen Armeen, sondern denen, welche es schaffen am Glauben der Väter furchtlos und treu die Rechte und die Freiheit des Volkes zu verteidigen, worauf allein dauernder Friede und Wohlfahrt der Völker beruhen.“

Dresden, 18. Januar. [Nachforschungen nach preussischen Spielern] sind kürzlich bei hiesigen Lotterie-Collecteuren seitens der Polizei angestellt worden. Da die Collecteure verpflichtet sind, jede Ankunft über die Namen der Spieler zu verzeichnen, so haben sie die Polizei an die Lotteriedirection in Leipzig verwiesen.

Frankfurt a. M., 18. Januar. Der Minister-rath in Konstantinopel genehmigte einen Vertrag, wonach die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf zusammen mit der Commandit-Gesellschaft Ludw. Löwe in Berlin der türkischen Regierung 500 000 Mauser-Repetirgewehre und 50 000 Repetir-Karabiner innerhalb der nächsten 3 bis 4 Jahre zu liefern haben.

Frankfurt a. M., 19. Januar. Dr. Riquel richtete ein Schreiben an die Stadtverordneten-Versammlung, in welchem er erklärt, daß er eventuell ein Reichstagsmandat annehmen werde, und der Versammlung die Entscheidung anheimstellte, ob er bei der großen Arbeit des Oberbürgermeisteramts beibehalten könne. Die „Ffr. Z.“ meint, wenn Herr Riquel um seine Entlassung bitte, so werde er damit nur die Consequenz einer vor seiner Wahl zum Bürgermeister abgegebenen Erklärung und der von ihm vertretenen Ansicht ziehen, „daß die erfolgreiche und thatkräftige Verwaltung eines so großen und anpruchsvollen Gemeindefunktionärs sich mit dem parlamentarischen Leben nicht vereinbaren lasse.“

* Frankfurt, 19. Januar. In dem Frankfurter Socialienprozeß wurden am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstage, weitere neunzehn Angeklagte vernommen. Dieselben bestreiten zum Theil, Vorheber von Bezirksvereinen gewesen zu sein, oder Beiträge erhoben oder solche bezahlt zu haben. Zum Theil stellen sie die Bezirksversammlungen als harmlos hin, zum Theil wollen sie nicht einmal gewußt haben, um was es sich dabei handelt. Sie bestreiten sämtlich die Verbreitung verbotener Druckchriften. Ihre in der Voruntersuchung gemachten behauptungen stützen sie zum Theil zurück mit der Behauptung, dieselben unter dem Druck der Art und Weise, wie die Untersuchung geführt wurde, abgeben zu haben. Einzelne behaupten, nach dem Bericht der „Frankf. Ztg.“, in der Voruntersuchung „erbärmlicher“ oder „unverschämter Lügner“ genannt zu sein, andere sagen aus, es sei ihnen mit Entziehung der Selbstbestätigung oder mit Hunger gedroht, der Angeklagte Trompeter behauptet sogar, ein Referendar sei hinter dem Thische vorgekommen und habe die Hand gegen ihn erhoben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Januar. Die augenblicklich wieder friedlichere Auffassung der Orientangelegenheit zu fügen ist auch die folgende Nachricht geeignet. Kaiser Franz Joseph telegraphirte zum russischen Neujahrseste an den Kaiser von Rußland: „Ich hege die feste Ueberzeugung, daß es uns bei vorurtheilsloser Beurtheilung der Sachlage und geleitet von unseren Gefühlen gelingen werde, die Schwierigkeiten, die uns umgeben, zu beseitigen und unseren Völkern die Segnungen des Friedens zu erhalten.“

Frankreich.

Paris, 19. Januar. Präsident Grévy hielt heute mit dem Großfürsten Nicolaus von Rußland eine Jagd im Gehölz von Marly ab.

Italien.

* [Das Budget des päpstlichen Hofstaates.] Der bekannte Schilder der Geheimnisse sämtlicher Großstädte Europas, Graf Basili, legt in dem letzten Heft der Pariser „Nouvelle Revue“ über seine Beobachtungen und Erfahrungen in Rom Redensache. Es ist vornehmlich das Budget des päpstlichen Hofstaates, mit welchem sich der literarische Detective der großstädtischen Verhältnisse Europas in dieser neuen Unternehmung beschäftigt. Die Quellen des päpstlichen Einkommens sind, wie Graf Basili mittheilt, dreifacher Natur. Papst Pius IX. hinterläßt, als er stirbt, dem Pontifical-Schatzamt ein Vermögen, dessen Rente ungefähr drei Millionen Francs beträgt. Papst Leo XIII., welchem die Verwaltung des Kapitals obliegt, hat dasselbe in verschiedenen italienischen und englischen Werthpapieren angelegt, welche je nach dem Course verkauft werden, wenn sie einen Nutzen abwerfen. Die Zinsen des Kapitals werden nebst den drei Millionen, welche der Paterpönig abwirft, zur Unterhaltung der in Rom anwesenden Cardinale, deren jeder einen Jahresgehalt von 21 000 Frs. bezieht, sowie zur Entlohnung der Dienerschaften, Beamten, Wachen der Curie, zur Verrichtung der Bedürfnisse der Nuntaturen u. a. aufgebracht. Das Einkommen des Papstes selbst fließt aus dem Ertragnisse der Orden und den übrigen mannichfaltigen Abgaben. Die Er. Heiligkeit zur persönlichen Verfügung gestellten Summen belaufen sich auf ungefähr 2 1/2 Mill. Frs. jährlich. Man hat mit Unrecht zu wiederholten Malen die übertriebene Sparsamkeit des Papstes betont. Dies ist, so schreibt Graf Basili, eine Verleumdung. Leo XIII. unterliegt in munificenter Weise unmaßlicher Hilfsbedürftigen. Seinen Angehörigen gegenüber beobachtet allerdings der Papst einige finanzielle Zurückhaltung, da es nicht in seinem Wunsche liegt, durch das kirchliche Einkommen seine Familie in besonderer Weise zu bereichern. So schenkte Leo XIII. seinem Lieblingsneffen, Camillo Pecci, als dieser sich verheiratete, nur eine Mitgift von 100 000 Frs.

Spanien.

* [Canovas del Castillo.] Die kürzlich verbreitete Madrider Meldung von der Lebensgefahrlichen Erkrankung des spanischen Staatsmannes Canovas del Castillo, wird uns von autoritativer Seite als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet, ebenso wie die damit verbundene Bemerkung, daß die Königin-Regentin demselben ihren Arzt Dr. v. Riedel zur Verfügung gestellt habe. Canovas del Castillo befindet sich vollkommen wohl. Die ihn betreffende Meldung stimmt mit jenen falschen Tendenznachrichten überein, die von Zeit zu Zeit auch über den Madrider Hof verbreitet werden, dessen sämtliche Mitglieder sich, wie uns berichtet wird, des besten Gesundheitszustandes erfreuen.

Rußland.

Homel (Gouv. Mogilew). Am 5. Decbr. v. J. verfiel ein Pulver der Commandeur der 4. Batterie der 41. Artilleriebrigade, Obrist Grinewski, nachdem er bis gegen 5 Uhr im Club geweltet hatte. Alle Nachforschungen blieben vergeblich. Erst am 7. Decbr. fand sich eine Spur. Wie der „Wila. Westn.“ berichtet, befand sich im Briefkasten ein an die Polizei adressirtes Päckchen mit der Aufschrift: „geheim“. Der anonyme Schreiber theilte mit, daß man den Leichnam des Obrist Grinewski im Flusse suchen müsse, und in der That fand man daselbst den von Kleidung gänzlich entblößten Leichnam. Bald darauf wurden 9 Personen verhaftet, welche des an dem Obrist Grinewski verübten Verbrechens verdächtig erschienen. Dieselben werden in diesen Tagen sich vor einer Abtheilung des Wilna'schen Militärbezirksgerichts, die in Homel tagen wird, zu verantworten haben.

Amerika.

Newyork, 17. Januar. Der „Newyork Herald“, welcher angeblich die öffentliche Meinung über den Fall des Paters M'Glynn repräsentirt, schreibt darüber: „Pater M'Glynn ist in eine peinliche Lage verfaßt worden. Er mag vielleicht eine wirkliche Beschwerde haben. Aber er ist augenblicklich ein ergebener, eifriger Sohn der Kirche und wird sich, wenn er weise ist, dem Willen seiner Vorgesetzten beugen. Es ist für jedermann besser, daß er seine Beziehungen zur Kirche nicht durch eine übertriebene Handlungsweise beeinträchtigt. Er könnte leicht ein Leben großer Nützlichkeit von sich werfen und dafür verhältnismäßig nichts haben. Seine Reise nach

Rom würde gerade jetzt ein wichtiges Ereigniß sein. Es ist augenblicklich, daß der Vatican über die große Arbeiterbewegung hier zu Lande Aufklärung sucht und bereit ist, unter den neuen Verhältnissen unseres neuen nationalen Lebens deren Politik anzunehmen, so weit dies möglich ist. Dies wird in seiner jetzigen Haltung gegenüber den „Kittlern der Arbeit“ gezeigt. Pater M'Glynn hat sich dieser Bewegung angelgeschlossen und sympathisirt stark mit ihr. Die Information, welche er nach Rom bringen könnte, würde daher unschätzbar sein. Die amerikanischen Katholiken wünschen natürlich, ihre hiesigen Beziehungen zur Kirche ihrer Väter nicht gestört zu sehen, und der Vatican ist bereit, zur Erreichung desselben Zieles gewisse Zugeständnisse zu machen. Was kann man mehr verlangen? Es giebt keinen Mann auf dem Continent, der besser mit der Lage vertraut wäre, als Pater M'Glynn. Im Namen aller Katholiken und zum Besten seiner eigenen Kirche ist er daher verbunden, diese prächtige Gelegenheit zu benützen. Wir hoffen, er wird die Sache in diesem Lichte ansehen und die Belegenheit, die zu so vielen peinlichen Mißverständnissen Veranlassung gegeben hat, wirkungsvoll beseitigen.“

Von der Marine.

* Die für das Offiziercorps der Marineinfanterie auf der Wilhelmshafener Werft im Bau begriffene Segelyacht schreitet ihrer Vollendung entgegen und hat auf Verfügung des Chefs der Admiralität den Namen „Wila“ erhalten. Zur Erhöhung der Stabilität ist das Fahrzeug mit einem 15 000 Kilogramm schweren Bleiball versehen.

Am 20. Januar. Danzig, 20. Januar. Nord-Nachr. 4.30. S. 8. 1. 4. 15. 2. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

* [Zur bevorstehenden Reichstagswahl.] Am nächsten Montag beginnt hier auf dem Rathhause — wie, laut Anordnung des Ministers des Innern, in allen Gemeinden — die Auslegung der Wahl-listen. Es ist diesmal dringender als je erforderlich, daß die Wähler die 8 tägige Auslegungsfrist nicht versäumen, sondern durch Einsicht in die Listen sich davon überzeugen, daß ihr Wahlrecht sichergestellt ist. Bei der großen Eile, mit welcher diesmal in einer beispiellos kurzen Frist die Wahl-listen angefertigt werden mußten, sind Lücken und Unrichtigkeiten in den Listen mehr als sonst zu befürchten. Aber auch auf Schreibfehler wird man besonders zu achten haben. Es braucht in dieser Beziehung wohl nur an die Erfahrungen bei der letzten hiesigen Reichstagswahl erinnert zu werden. Es wurden damals — auf Grund eines behördlichen Schreibens an die hiesigen Wahl-Vorsteher — Personen zur Stimmabgabe nicht zugelassen, bei deren Namen in Folge von Schreibfehlern selbst unbedeutende Veränderungen vorgekommen waren. Wer nicht in Folge socher zufälligen Versehen den Verlust seines Wahlrechts riskiren will, möge sich also auch von der genauen Enttragung seiner Namens- und Standsbezeichnung Ueberzeugung verschaffen.

Hier in der Stadt treffen, wie es scheint, die Parteien ihre ersten Zurechtungen für die bevorstehenden heißen Kämpfe noch in aller Stille. Im Landreise ist als erster auf dem Platze natürlich der Landrath erschienen. Wie uns mitgetheilt wird, hat Herr v. Gramagti seine conservativen Freunde zur Beratung über die Einleitung der Wahlbewegung auf nächsten Sonnabend, den 22. d. Mts., nach Danzig einberufen. Im Schwere Kreise, dessen bisheriger Reichstags-Abgeordneter, Hr. v. Gordon-Laskowicz, durch schwere Krankheit an der Wiederannahme eines Mandats verhindert ist, soll nun ebenfalls eine Landraths-Candidatur aufgestellt werden. Herr Landrath Dr. Gerlich, der conservative Vertreter des Schwere Kreises im Abgeordnetenhaus, soll auch für den Reichstag „außerleben“ sein. Ueberhaupt wird es an besonders kräftiger Arbeit des landrathlichen Apparats bei der bevorstehenden Wahl sicherlich nicht fehlen. Man braucht nur zu sehen, wie bereits hier und da der Dampf angefaßt wird. So wird uns aus Ortelburg die Nr. 5 des dortigen amtlichen Kreisblatts überliefert, in welchem die Reichstags-Auslösung und die Neuwahlen mit dem groß und fett gedruckten Alarmschrei: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ angekündigt werden.

Verantwortliche Redacteurs: Für den politischen Theil und sonstige Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Familien- und Literarische: W. Möller, — den lokalen und provincialen, Gaubels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Feuilleton-Theil: H. B. Kaufmann, Himmlich in Danksag.

Beilage zu Nr. 16265 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 20. Januar 1887.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 19. Januar 1887.

Antrag der Abgg. Pieber, Hitze und Letocha: „Das Haus wolle beschließen: Die Regierung aufzufordern, die Vermehrung der Zahl der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten (Reichsgewerbeordnung § 139 b) unter thunlichster Verkleinerung der Aufsichtsbezirke überall da herbeizuführen, wo sich das Bedürfnis einer solchen Maßregel zur vollkommenen Erreichung der Aufsichtszwecke bereits herausgestellt hat oder noch herausstellen wird.“

Abg. Pieber (Centr.): Der Antrag knüpft an eine Resolution des Reichstages, welche derselbe fast einstimmig gefaßt hat. Der Vertreter der verbündeten Regierungen hatte gegen diese Resolution nur die formellen Bedenken, daß dieselbe an eine unrichtige Adresse gerichtet sei, da die Fabrikinspektoren nicht Reichs-, sondern Landesbeamte seien, und daß man doch erst abwarten solle, ob nicht die Berufsgenossenschaften ergänzend eintreten könnten. Es ist schon von dem Abg. Baumhach darauf hingewiesen worden, daß man die eventuellen Segnungen der Berufsgenossenschaften nicht abwarten dürfe. Der Berliner Inspektionsbezirk enthält 3702 inspectionspflichtige Anlagen mit 111 000 Arbeitern; davon hat der Fabrikinspector im Jahre 1884 nur 514 Anlagen inspiciert können. Von über 3700 Anlagen im Jahre 1883 hat er nur über 200 besichtigen können. Der Potsdamer-Frankfurter Bezirk enthält 2221 Anlagen, davon konnten nur 431 inspiciert werden. Von 7103 Anlagen im Bezirk Merseburg konnten nur 348 besichtigt werden. Ähnlich liegt die Sache in anderen Bezirken. Alle übrigen Parteien und auch die Fabrikinspektoren selbst sind darüber einig, daß die Zahl zu klein sei. (Beifall.)

Unterstaatssek. Magdeburg: Die Regierung wird die Frage prüfen; bis jetzt aber sind an sie von beteiligter Seite nicht derartige Wünsche gebracht worden. Dann möchte es sich auch empfehlen, die Entwicklung der Berufsgenossenschaften abzuwarten.

Abg. Goldschmidt (freis.): Meine Freunde wünschen die Förderung des Instituts der Fabrikinspektoren. Wir wünschen aber auch, daß den mit der Beaufsichtigung von Fabriken betrauten Beamten die Grenzen ihrer Wirksamkeit genau präzisirt werden. Ich wünsche das besonders den Berufsgenossen gegenüber, auf welche ja ein großer Theil der Befugnisse der Fabrikinspektoren übergegangen ist. Ich habe hier natürlich die Arbeiterschutzvorrichtungen im Auge. Der § 120 Absatz 3 der Reichsgewerbeordnung, auf welche der § 139 b, der die Befugnisse der Fabrikinspektoren feststellt, Bezug nimmt, und der § 78 des Unfallversicherungsgesetzes bewegen sich nach der gleichen Richtung hin, und der § 78 des Unfallversicherungsgesetzes räumt den Genossenschaften sehr weitgehende Vollmachten und Strafbestimmungen ein. Man wird mir zugestehen, daß nach diesen beiden Paragraphen der Reichsgesetzgebung die beiden Faktoren, die Fabrikinspektoren und die Berufsgenossenschaften in Collision gerathen müssen. Ich lasse dahingestellt, ob die Schöpfung der Berufsgenossenschaften ein besonders glücklicher Gedanke war, und ob es weise war, ihnen eine so weitgehende Befugnis einzuräumen; aber die Berufsgenossenschaften sind vorhanden, und alle Beteiligten üben, soweit mir bekannt, mit großer Hingabe ihre Thätigkeit aus. Ich kann nur wiederholen, daß ich den Antrag lebhaft begrüße. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dobren (freicons.) spricht ebenfalls für Vermehrung der Fabrikinspektoren.

Abg. v. Minnigerode (cons.) hätte gewünscht, daß der Antrag bei der Staatsberatung behandelt wäre.

Abg. v. Gubern (nat.-lib.) erkennt an, daß die Inspektionsbezirke zu groß sind und beantragte Ueberweisung des Antrages an eine Commission von 14 Mitgliedern, die zu prüfen hätte, ob nicht ein Theil der Arbeit der Fabrikinspektoren auf die Beamten der Berufsgenossenschaften zu übertragen wäre.

Abg. Reinhold (nat.-lib.): Auf eine Hilfe von den Berufsgenossenschaften können wir nicht warten. Aus Mangel an genügender Beaufsichtigung der Fabriken können viele Menschenleben und Arbeitskräfte verloren gehen.

Abg. Hitze (Centr.): Der vorliegende Etat enthält an neuen Stellen nur solche für zwei Assistenten. Das ist doch nicht etwa eine Berücksichtigung unserer Wünsche. Daß von den Beteiligten keine Anträge in dieser Beziehung an das Handelsministerium gestellt worden sind, ist sehr begreiflich. Die Arbeitgeber haben selbstverständlich kein Verlangen nach einer Vermehrung der Inspektorenstellen und die Arbeiter haben bis jetzt noch wenig Vertrauen zu den Fabrikinspektoren.

Der Antrag wird einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Die Uebersticht von den Staatseinnahmen und Ausgaben mit dem Nachweise von den Staatsüberschreitungen und den der nachträglichen Genehmigung bedürftigen außeretatmäßigen Ausgaben für das Jahr vom 1. April 1885/86, sowie die Allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1883/84 werden der Rechnungscommission überwiesen, der Rechnungsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. December 1869, betreffend die Consolidation preussischer Staatsanleihen, durch Kenntnissnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abgrenzung und Organisation der Berufsgenossenschaften auf Grund des § 110 des Reichsgesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886.

Abg. Gerty (freis.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern. Der Entwurf zeige mit einiger Deutlichkeit, wie weit man mit der auf der Grundlage corporativer Genossenschaften eingeleiteten Socialreform bereits gediehen sei. Von diesen corporativen Organisationen sei in der Vorlage kaum noch der Name übrig, sie mache die Unfallversicherung einfach zu einem Theil des Decernats der Provinzialausschüsse; ohne den Unterbau der Krankenversicherung und der liberalerseits seit 20 Jahren verlangten Landgemeindeordnung werde die ganze Angelegenheit auf eine bureaukratische Grundlage gestellt, nichts von einem Organisationsplane oder dergleichen. Ueber die Ausbringung der Kosten, über die Träger derselben, über den Maßstab, welche Steuerleistungen die Grundlage für die Aufbringung bilden sollen, darüber erfahren wir nichts. Gleichzeitig wird die Probe gemacht werden, wie weit die Humanität gegen die ärmere ländliche Bevölkerung geht.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Des Vorredners Klage über die Kosten beweist, daß er die Bestimmung des Unfallgesetzes nicht kennt, wonach die Unfallversicherungskosten vom Arbeitgeber getragen werden. (Sehr richtig!

rechts.) Solche Klagen können also doch nur einen agitatorischen Charakter haben. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Auch ich hätte gewünscht, daß man die Krankenversicherung auch für die ländlichen Arbeiter obligatorisch gemacht hätte. Wenn es im Gesetze nicht gegeben ist, so liegt dies theils an der Kosten-, theils an der Bedürfnisfrage. Namentlich im Osten hat die Kostenfrage derartige Organisationen ungemein erschwert. Nach unseren sächsischen Erfahrungen wird am Krankengeld nur ein Drittel verbraucht, das Uebrige geht für Doctor und Apotheker drauf. Die Organisation nennt Hr. Gerty bureaukratisch und somit verwerflich, und dabei vergißt er, daß es die Kreise sind, welche die von mir erwähnten Einrichtungen getroffen haben. Die Kreisvertretung besteht zu zwei Dritteln aus dem kleinen und größeren Grundbesitz, also aus demselben Material, welches auch die Genossenschaften bilden müssen. Würde wirklich ein großer Genossenschaftskörper geschaffen, so müßten doch für die einzelnen Kreise Sectionen eingerichtet werden; mit einer Genossenschaft, deren Vertreterversammlung 1900 Personen umfaßt, läßt sich nicht operiren. Die Kreise dagegen sind als Genossenschaftscorporationen gleichfalls unmöglich.

Minister Lucius: Der Entwurf dieses Landesgesetzes vermischt genau die Gesichtspunkte, welche die Majorität des Reichstags zur Voraussetzung gemacht hat. Es ist doch angemessiger, diese neue, schwierige Organisation an eine vorhandene Organisation anzuschließen, statt eine reine berufsgenossenschaftliche Organisation mit großen Kosten zu schaffen. Ich weiß nicht, wie man diese Selbstverwaltung als eine bureaukratische bezeichnen kann; sie steht doch mitten im Leben und hat sich bewährt. Der erste Redner muß die Verhältnisse des Reichstages und die Motive nicht gelesen haben. Da wird doch darauf hingewiesen, daß die Vertheilung der Kosten der constituirenden Versammlung, den Genossenschaften überwiesen werden soll. Wir haben in dieser Beziehung kein Recht, den Genossenschaften vorzugreifen. Es ist doch gar nicht zu verkennen, daß die Kreisaußschüsse mit ihren geordneten Bureaux die nächsten dazu sind, diese Verwaltung durchzuführen. Die Aufstellung der Listen, die katastermäßige Abschätzung schließt sich ganz naturgemäß an das vorhandene Bureau des Landrathsamts an, während jede andere Organisation mit einem großen kostspieligen Apparat verknüpft ist. Daß wir diese Wohlthat den ländlichen Arbeitern zu Theil werden lassen, ohne der landwirthschaftlichen Bevölkerung irgend welche unnütze Lasten aufzulegen, wird im ganzen Lande verstanden und gebilligt werden. (Zustimmung rechts.) Eine Ueberbürdung der Selbstverwaltungsorgane ist keineswegs zu befürchten. Im übrigen ist ja selbstverständlich, daß, wenn Schreibkräfte und besondere Beamte erforderlich sein sollten, die Kosten dafür von den Versicherungsnehmern, d. i. den Arbeitgebern, getragen werden müssen. Der Abg. Rauchhaupt hat bis zu einem gewissen Punkt sich dem Bedauern des Abg. Gerty angeschlossen, daß das Gesetz nicht auf der Grundlage des Krankenkassengesetzes aufgebaut worden ist. Ich finde das begreiflich; aber wir stehen doch einer vollendeten Thatsache gegenüber. In den verschiedenen Provinzen ist von der statutarischen Regelung der Krankenversicherung ein sehr erfreulicher Gebrauch gemacht worden. Seit der kurzen Zeit des Bestehens sind immerhin 11 % der ländlichen Arbeiter der Wohlthaten des Krankenversicherungsgesetzes theilhaftig geworden. Es

fehlt nach dieser Richtung in diesen Kreisen also weder an Verständnis, noch an Wohlwollen.

Abg. Gerty: Der Abg. Rauchhaupt hat mich total mißverstanden, wenn er meint, ich hätte gesagt, die Kosten der land- und forstwirtschaftlichen Versicherung seien von den Arbeitern zu tragen. Wohlbedacht ist meine Kritik, daß auf die Frage, in welcher Weise die Beiträge und Verwaltungskosten aufzubringen seien, eine nähere Auskunft nicht gegeben ist, und wenn der Abg. v. Rauchhaupt wüßte, welche große Debatten darüber im Reichstag geführt worden sind, ob sie auf Grund der Grundsteuer oder Personalsteuer erhoben werden sollen, so würde er das Verlangen verständlich finden, daß diese Frage auch hier näher herührt werde. Wenn dieser Punkt aller Punkte jetzt nicht herührt werden soll, wozu dann überhaupt eine Generaldiscussion? Als wir im Reichstag sagten, die Berufsgenossenschaften würden einen sehr kostspieligen Verwaltungsapparat erfordern, wurde das erstens bestritten und andererseits mit einer gewissen sittlichen Entrüstung, die in wirthschaftlichen Fragen jetzt oft an Stelle klarer Gedanken eine große Rolle spielt, gesagt, dieses Moment könnte gar nicht in Frage kommen, wenn es sich um die Sicherung der Existenz der Arbeiter handelt. Jetzt dagegen hören wir, daß die Berufsgenossenschaften keine genügende Basis geben, sie seien wohl geeignet, die atomisirten Elemente der Gesellschaft in der Industrie zu Elementen zusammenzufassen, in der Landwirtschaft dagegen müsse man sich an bestehende Institutionen anlehnen. Es ist mir sehr erfreulich, daß auch der Minister die Berufsgenossenschaft als Grundlage der Socialreform ebenso aufgiebt, wie wir seiner Zeit dies geglaubt haben. Ich kann mit den Zugeständnissen von der rechten Seite nur in hohem Maße zufrieden sein; aber zur Vermeidung jeder irthümlichen Auffassung sage ich: wir sind ebenso bereit an diesem Gesetzentwurf zur bestmöglichen Ausgestaltung praktisch mitzuwirken; aber schon in der Generaldiscussion für jeden Paragraphen Gegenanträge zu machen, ist parlamentarisch nicht Brauch. In Berlin sind für 194 000 Arbeiter in der Krankenversicherung 99 Aerzte angestellt; die Kosten belaufen sich auf 80 % pro Kopf und Jahr, und weitere 10 % werden zur Errichtung von Heilstätten für gekrankte Arbeiter erhoben. Der ganze Verwaltungsapparat erfordert auf Kopf und Jahr 3 %. Ich kann Ihnen nur sagen: Gehen Sie hin und machen Sie es ebenso billig wie wir. (Beifall links.)

Minister Lucius: Der Vorredner hat seine städtische Auffassung auf ländliche Verhältnisse übertragen. Das selbe Mißverständnis ist ihm auch in Bezug auf eine Erklärung von mir untergelaufen. Ich habe nicht die berufsgenossenschaftliche Organisation überhaupt verworfen, sondern nur ausgeführt, daß, was für die Industrie richtig ist, für die Landwirtschaft nicht paßt.

Abg. Reinhold (nl.): Wir denken gewiß nicht zu optimistisch über die Erfolge der socialen Gesetzgebung; aber es ist die Ansicht aller rheinischen Industriellen, daß mit derselben ein großer Schritt gethan sei zur Hebung des socialen Glücks. Wir halten das für die Landwirtschaft erlassene Unfallversicherungsgesetz für ein Meisterstück. Wenn der Zweck desselben ist, ein Glück socialen Glücks zu beseitigen, so konnte es nicht in erster Linie darauf ankommen, wie das geschieht. Wir wollen mit Freuden an der Vorlage mitarbeiten. Wir gehen besonnen vor bei der weiteren Ausdehnung, aber wir stoppen nicht.

Abg. Bessel (freicons.): Auch wir haben die Vor-

lage mit Freuden begrüßt und werden dieselbe nach Kräften fördern. Auch wir im Osten haben in einzelnen Kreisen die Krankenversicherung gleichfalls schon eingeführt. Die Resultate sind dieselben gewesen, wie in der Provinz Sachsen. Mehr als die Hälfte der Kosten sind für Arzt, Apotheker und Medikamente verwendet worden.

Abg. v. Sene (Centr.): Ich constatiere, daß alle Parteien an dieser Vorlage mitarbeiten wollen, auch die freisinnige, welche sonst immer den Schwerpunkt auf die freiwilligen Genossenschaften gelegt hat. Dieser Gesetzentwurf ist die Konsequenz der Anregung, die aus der Mitte unserer Freunde gegeben ist. Kleine Ausstellungen können wir am besten in der Commission machen.

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Gewährung einer staatlichen Subvention an die Provinzial-Hilfskassen für die Rheinprovinz behufs Hebung des Grundcredits.

Abg. Schwerin-Puskar (cons.) bemängelte die Gewährung eines zinsfreien Darlehens an die Provinzialhilfskassen für die Rheinprovinz. Von Staatswegen könne eine solche Zusage nur dann erfolgen, wenn die Provinz selbst nicht im Stande sei, der Kasse zu Hilfe zu kommen.

Abg. Anebel (a.-l.) befürwortet die Vorlage, welche bestimmt ist, dem Wucher gegen die kleinen Leute entgegenzutreten.

Finanzminister **v. Scholz** empfiehlt ebenfalls die Vorlage mit einem Hinweis darauf, daß es sich nicht um Unterstützung der Provinzialhilfskassen in der Form, wie sie besteht, handelt, sondern vielmehr darum, für eine besondere Thätigkeit dieser Kasse eine Unterstützung zu gewähren.

Hiernach wird ein Vertagungsantrag angenommen. Nächste Sitzung: Freitag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Damburg, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 170,00—172,00. — Roggen loco still, mecklenburgischer loco 132—140, russischer loco still, 102 bis 104. — Hafer und Gerste still. — Rüböl fest, loco 43. — Spiritus still, Jan. 25 1/2 Br., Jan. April-Mai 25 1/2 Br., Jan. Mai-Juni 25 1/2 Br., Jan. Juli-August 26 1/2 Br. — Raffee fest, Umsatz 3500 Sack. — Petroleum loco fest, Standard white loco 7,10 Br., 7,00 Gd., Jan. 6,95 Gd., Jan. Aug.-Dezbr. 6,70 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 19. Januar. (Schlußbericht.) Petroleum ruhig. Standard white loco 6,65 Br.

Frankfurt a. M., 19. Januar. (Effecten-Societät.) (Schluß.) Creditactien 233 3/4, Franzosen 203, Lombarden 80 1/2, Galizier 164 1/2, Aegypter 75,10, 4% ungar. Goldrente 82,30, 1880er Russen 82,90, Gotthardbahn 95,40, Disconto-Commandit 205,40, Mecklenburger 156,60, Portugiesische Anleihe 91,60, Buenos-Ayres-Anleihe 85,95. Behauptet.

Wien, 19. Jan. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 81,35, 5% Oesterr. Papierrente 99,60, Oesterr. Silberrente 82,30, 4% Oesterr. Goldrente 112,30, 4% ungar. Goldrente 102,20, 5% ungar. Papierrente 92,05, 1854er Loose 131,00, 1860er Loose 137,25, 1864er Loose 167,25, Creditloose 174,50, ungar. Prämienloose 120,50, Creditactien 290,20, Franzosen 251,50, Lombarden 100,75, Galizier 202,25, Lomb.-Oderbank 231,25, Pardubitzer 160,00, Nordwestb. 167,25, Elbthalbahn 161,50, Kronprinz-Rudolfbahn 186,00, Nordbahn 234,25, Gen.-Unionbank 220,25, Anglo-Austr. 110,75, Wiener Bankverein 102,75, ungar. Creditactien 299,25, Deutsche Börsen 62,00, Londoner Wechsel 126,60, Pariser Wechsel 49,92, Amsterdamer Wechsel 104,55, Napoleons 9,99, Tafelnoten 62,02 1/2, Russische Banknoten 1,18, Silbercoupons 100,00, Länderbank 244,00, Tramway 214,75, Tabactien 64,50.

Amsterdam, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, Jan. Mai 228. — Roggen loco

und auf Termine unverändert, Jan. März 128—129, Jan. Mai 131—130—131. — Rüböl loco 23, Jan. Mai 23 3/4, Jan. Dez. 24.

Antwerpen, 19. Januar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 1/4 bez., 17 1/2 Br., Jan. Febr. 16 1/2 bez., 16 1/2 Br., Jan. März 16 1/2 Br., Jan. April 16 Br. Ruhig.

Paris, 19. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, Jan. 23,25, Jan. Febr. 23,30, Jan. März-Juni 24,10, Jan. Mai-August 24,80. — Roggen ruhig, Jan. 13,50, Jan. Mai-August 15,00. — Weizen ruhig, Jan. 52,50, Jan. Febr. 53,10, Jan. März-Juni 54,10, Jan. Mai-August 55,10. — Rüböl ruhig, Jan. 56,75, Jan. Febr. 56,75, Jan. März-Juni 56,00, Jan. Mai-Aug. 55,00. — Spiritus ruhig, Jan. 40,00, Jan. Febr. 40,50, Jan. März-April 41,25, Jan. Mai-August 42,75. — Wetter: Nebel.

Paris, 19. Jan. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 84,15, 3% Rente 81,52 1/2, 4% Anleihe 109,67 1/2, italienische 5% Rente 99,02 1/2, Oesterr. Goldrente 90 1/2, ungarische 4% Goldrente 82 1/2, 5% Russen de 1877 99,75, Franzosen 505,00, Lombardische Eisenbahn-Actien 216,25, Lombardische Prioritäten 316,00, Convert. Türken 14,62 1/2, Türkenloose 34,25, Credit mobilier 295,00, 4% Spanier 65 1/2, Banque ottomane 519, Credit foncier 1378, 4% Aegypter 375, Suez-Actien 2623, Banque de Paris 758, Banque d'escompte 500, Wechsel auf London 25,33 1/2, 5% privil. türk. Obligationen 358, neue 3% Rente —, Panama-Actien 399,00.

London, 19. Jan. Consols 100 15/16, 4proc. preussische Consols 104 1/2, 5proc. italienische Rente 97 1/2, Lombarden 8 1/2, 5% Russen de 1871 95 1/2, 5% Russen de 1872 95 1/2, 5% Russen de 1873 94 1/2, Convert. Türken 14 1/2, fund. Amerikaner 130 1/2, Oesterr. Silberrente 65, Oesterr. Goldrente 89, 4% ungar. Goldrente 80 1/2, 4% Spanier 64 1/2, 5% privil. Aegypter 95 1/2, 4% unil. Aegypter 74, 3% gar. Aegypter 98 1/2, Ottomanbank 10 1/2, Suezactien 80, Canada-Pacific 69 1/2. — Platz-discount 3 1/4 %.

London, 19. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufahren seit letztem Montag: Weizen 46 600, Gerste 4220, Hafer 39 320 Qrt. — Weizen sehr träge und schwieriger verkäuflich, angekommene Ladungen stetig; Weizen und Mais träge, Gerste und Hafer stetig.

Leith, 19. Januar. Getreidemarkt. Markt ruhig, flau für alle Artikel.

Petersburg, 19. Januar. Wechsel London 3 Monat 22 1/2, Wechsel Berlin, 3 Monat, 19 1/4, Wechsel Amsterdam, 3 Monat, 113 1/2, Wechsel Paris, 3 Monat, 238. 1/2, Imperial 8,76, Russ. Präm.-Anl. de 1864 (gestpht.) 240, Russ. Präm.-Anl. de 1866 (gestpht.) 230 1/2, Russ. Anleihe de 1873 153 1/2, Russ. 3. Orientanleihe 99 1/2, Russ. 3. Orientanleihe 99 1/2, Russ. 6% Goldrente 184 1/2, Russische 5% Boden-Credit-Pfandbriefe 159 1/2, Große russische Eisenbahnen 270 1/2, Kurst.-Kiew-Actien 360, Petersburger Disconto-Bank 775, Warschauer Disconto-Bank 300, Russische Bank für auswärtig. Handel 322 1/2, Petersburger internat. Handelsbank 481 1/2, Privatdiscount 5 %. — Productenmarkt. Talg loco 44,00, Jan. August 44, Weizen loco 13,50, Roggen loco 7,25, Hafer loco 4,25, Hafer loco 45,00, Weizen loco 14,00. — Wetter: Frost.

Newport, 18. Januar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95 1/2, Wechsel auf London 4,82 1/2, Cobl. Transfers 4,87, Wechsel auf Paris 5,25, 4% fund. Anleihe von 1877 127 1/2, Erie-Bahn-Actien 33 1/2, Newporter Central-Actien 113 1/2, Chicago-North-Western-Actien 113 1/2, Lake-Shore-Actien 94 1/2, Central-Pacific-Actien 41, Northern-Pacific-Preferred-Actien 59 1/2, Louisville u. Nashville-Actien 65 1/2, Union-Pacific-Actien 59, Chicago-Milw. u. St. Paul-Actien 89 1/2, Reading u. Philadelphia-Actien 38 1/2, Wabash-Preferred-Actien 30 1/2, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 67 1/2, Illinois Centralbahn-Actien 134, Erie-Second-Bonds 98 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in Newport 9 1/2, do. in New-Orleans 9, raffin. Petroleum 70 % Abel Test in Newport 6 1/2 Gd., do. in Philadelphia

6 1/2 Gd., rohes Petroleum in Newport — D. 6 1/2 C., do. Pipe line Certificates — D. 7 1/2 C. Zuder (Fair refining Muscovades) 4 1/2. — Raffee (Fair Rio) 15. — Schmalz (Wilcox) 7,25, do. Fairbanks 7,17, do. Rohe und Brothert 7,20. — Spec. 7. — Getreidefracht 4 1/2. **Newport, 19. Januar.** Wechsel auf London 4,82 1/2, Rothe Weizen loco 0,92 1/4, Jan. 0,91 1/4, Jan. Februar 0,91 1/4, Jan. März 0,95 1/4, Weizen loco 3,35, Mais 0,48. Fracht 4 1/2 d. Zuder (Fair refining Muscovades) 4 1/2.

Productenmärkte.

Königsberg, 19. Januar. (v. Portatius u. Brothe.) Weizen Jan. 1000 Kilo hochunter 130/18 160 M. bez., rother 132 1/2 160, russ. 107 1/2 125,75, 121/2 150,50 M. bez. — Roggen Jan. 1000 Kilo inländ. 124 1/2 116,25, 125 1/2 116,75, 126 1/2 118, 130 1/2 123 M. bez., russ. 113 1/2 81,75, 116 1/2 85,50, 119 1/2 89,25, 120 1/2 90,50 M. bez. — Gerste Jan. 1000 Kilo grobe 97, 98,50 100, 101,50, 120 M. bez. — Hafer Jan. 1000 Kilo 96, 98, 101, 104 M. bez. — Erbsen Jan. 1000 Kilo weisse 102,25, 104,50 M., braune 108,75 M. bez. — Bohnen Jan. 1000 Kilo 115,50, 122,25 M. bez. — Weizen Jan. 1000 Kilo 96,50, 97,75, 98,75 M. bez. — Buchweizen russ. 96 M. bez. — Weizen hochfeine russ. 182,75 M. bez. — Spiritus Jan. 10 000 Liter 3 ohne Faß loco 37 1/2 M. bez., Jan. Januar 37 1/2 M. Gd., Jan. Jan.-März 38 1/2 M. Br., Jan. Frühjahr 38 1/2 M. Gd., Jan. Mai-Juni 39 1/2 M. Gd., Jan. Juni 39 1/2 M. Gd., Jan. Juli 40 1/2 M. Gd., Jan. August 40 1/2 M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, 157—169, Jan. April-Mai 168,50, Jan. Mai-Juni 169,50. Roggen unverändert, loco 121—127, Jan. April-Mai 129,50, Jan. Mai-Juni 130. — Rüböl unverändert, Jan. April-Mai 45,50. — Spiritus flau, loco 36,50, Jan. Jan. 36,50, Jan. April-Mai 37,40, Jan. Juni-Juli 38,70. Petroleum verfeuert, loco 11 1/2 % Tara 11,60.

Berlin, 19. Jan. Weizen loco 153—173 M., Jan. April-Mai 166 1/2 M., Jan. Mai-Juni 168 1/2 M., Jan. Juni-Juli 169 1/2 M. — Roggen loco 129—133 M., guter inländischer 130—131 M., Jan. April-Mai 132 1/2 M., Jan. Mai-Juni 132 1/2 M., Jan. Juni-Juli 133 1/2 M. — Hafer loco 109 bis 142 M., ost- und westpreuss. 117—124 M., pommerscher und udermärtscher 118—125 M., schlesischer und böhmischer 118—125 M., feiner schles., preuss. und pomm. 127 bis 132 M. ab Bahn, Jan. April-Mai 111 1/2 M., Jan. Mai-Juni 113 1/2—113 1/2 M., Jan. Juni-Juli 115 1/2—115 M. — Gerste loco 115—190 M. — Mais loco 107—116 M., Jan. April-Mai 112 1/2 M., Jan. Mai-Juni 112 1/2 M. — Kartoffelmehl loco 16,70 M., Jan. Januar 16,50 M., Jan. Jan.-Febr. 16,50 M., Jan. April-Mai 16,70 M. — Trodene Kartoffelstärke loco 16,70 M., Jan. Jan. 16,50 M., Jan. Jan.-Febr. 16,50 M., Jan. April-Mai 16,70 M. — Feuchte Kartoffelstärke Jan. Jan. 8,20 M. — Erbsen loco Futterwaare 124—132 M., Kochwaare 150—200 M. — Weizenmehl Nr. 00 23,50 bis 22,00 M., Nr. 0 21,75—20,00 M. — Roggenmehl Nr. 0 19,50 bis 18,50 M., Nr. 0 n. 1 17,75—16,75 M., ff. Marken 19,75 M., Jan. Jan. 17,70 M., Jan. Febr. 17,70 M., Jan. Febr.-März 17,80 M., Jan. April-Mai 17,90 M., Jan. Mai-Juni 18 M. — Rüböl loco ohne Faß 44,2 M., Jan. April-Mai 46,3 bis 46,6 M., Jan. Mai-Juni 46,3 M. — Spiritus loco ohne Faß 37,5 M., Jan. Jan. 37,5—37,6 M., Jan. Jan.-Febr. 37,5—37,6 M., Jan. April-Mai 38,4—38,6 M., Jan. Mai-Juni 38,7—38,9 M., Jan. Juni-Juli 39,5—39,7 M., Jan. Juli-August 40,1—40,3 M., Jan. Aug.-Sept. 40,6—40,8 M.

Magdeburg, 19. Januar. Zuderbericht. Kornzuder, excl. von 96 % 20,30 M., Kornzuder, excl. 88 % Rendem. 19,30 M. Nachprodukte, excl. 75 % Rendem. 17,00 M. Fest. Gem. Raffinade mit Faß 24,50 M., gem. Melis I. mit Faß 23,50 M. Still.

Berliner Markthallen-Bericht.

Berlin, 19. Januar. (J. Sandmann.) Obst und Gemüse: Birnen 10 bis 20 M., feinste Sorten 20 bis

50 M., Äpfel 6,00 bis 9,00 M., Tafeläpfel 10—20 M., feinste Sorten 20—46 M., Wallnüsse 10—26 M., geringe 12 bis 15 M., Haselnüsse 18—25 M. Jan. Ctr., Apfelsinen 12—20 M., Feigen 20—40 M. Jan. Ctr., Citronen 8 bis 16 M., Weißfleischige Speisefartoffeln 3,50—3,80 M., Zwiebeln 3,50—4 M. Jan. 100 Kilo. Blumenkohl 30—40 M. Jan. 100 Stück, Kohlräben 1,50—2,00 M. Jan. Ctr. — Butter: (Garantirt reine Naturbutter.) Stimmung andauernd flau. Frische feinste Tafelbutter 112 bis 115 M., feine Tafelbutter 102—110 M., II. 92—100 M., III. fehlerhafte 80 bis 95 M., Landbutter I. 80—88 M., II. 70—80 M., galizische und andere geringste Sorten 55 bis 65 M. Jan. 50 Kilo. Preise weichend. — Eier: 3,25 M. Jan. Schod. — Käse: I. Emmenthaler 70 bis 75 M., Schweizer I. 56—63 M., II. 50—55 M., III. 40—48 M., Quadrat-Badstein I. fett 18—22 M., II. 12—18 M., Limburger I. 28—32 M., U. 18—22 M., rheinischer Holländer Käse 45—58 M., echter Holländer 60—65 M., Camer I. 65 bis 70 M., II. 56 bis 58 M. — Wild: Hasen 3,10—3,25 M. Jan. Stück, Kaninchen ausgeworfen 60—80 S. Jan. Stück, Rehbock, Ia. (junge, feste, gut geschossene) 85—96 S., IIa. (sehr starke und fehlerhaft geschossene, geringe) 80 bis 85 S. Jan. Pfund, Rothhirsch, Ia. 43 bis 55, IIa. 35 bis 43 S., Damwild I. 55—70 S., IIa. 45—55 S. Jan. Pfund, Wildschwein 50—58 S., Frischlinge 60—80 S. Jan. Pfund, Fasanenbennen 3,00—4,20 M., Fasanenhähne 5,00—5,90 M., Birbhühner 1,50—1,60 M., Renntierfleisch 60 S. Jan. Pfund. Fleisch: Rinderviertel 40—52 S., Kälber im Fell 48—53 bis 58 S., Hammel 40—48 S., 1/2 Schweine 45—50 S. Jan. Pfd. — Geflügel: Fette Gänse 8—10 S. schwer 48—55 S., fette Enten 55 bis 65 S. Jan. Pfund, über 8 Pfund schwere fette Puten 60—70—85 S. Jan. Pfd. Hühner 55 bis 80 S. und 1,20 bis 1,70 M., Tauben 30—40 S., Pouarden 4,50—8 M., Kapazunen 1,80—2,80 M., Gänsebrüste 1,20—1,50 M. Mageres und lebendes Geflügel schwer verkäuflich. — Fische: Bratheringe Jan. Faß 1,25—1,50 M., russische Sardinen 1,20—1,80 M., Dorsch 2,60—4,50 M. Jan. 100 Stück. Sprotten 0,80—1,50—3,60 M. Jan. Kiste. Rauchaal 0,80 bis 1 M. Jan. M. Döfsee-Räucherlachs 1,20—1,40 M. Hechte 50—66 M. Jan. Centner. Bleie 15—20—30 M. Jan. Ctr., Zander 35—60—80 S. Steinbutte 1,20, bis 1,60 M., Seezungen 1,25—1,60 M., Scholle 8—10 S., Schellfisch 10 bis 20 S., Rabliau 15—25 S., Dorsch 10—22 S. Jan. H. Lachs 0,90—1,00 M. Kal 70—80 S.

Schiffliste.

Neufahrwasser, 19. Januar. Wind: SSW. Gesegelt: Sophie (S.D.), Garbe, Rotterdam, Getreide — Villie (S.D.), Wood, Pöben, lerr. 20. Januar. Wind: S. Nichts in Sicht.

Verantwortl. u. Redacteurs: für den politischen Theil und amtliche Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und literarische S. Richter, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten- und Anzeigen-Teil: W. B. Kaspermann, sämtlich in Danzig.

Rein sogenannter „Bitter“ ist Widtfeldt's Magen-behagen, sondern ein Tafelkneuer ersten Ranges von seltenem Wohlgeschmack. Niederl. u. a. bei A. Faß, Carl Köhn, F. C. Goffing, Carl Schnarke.

In jedem Haus soll ein Mittel bereit sein, Kindern wie Erwachsenen, die von einem Catarrh des Kehlkopfs oder Lungen befallen werden, oder schon seit längerer Zeit an quälendem Husten leiden, in leichter Weise diese lästigen Zustände beseitigen, „vom Hals zu schaffen“ und die schlimmeren Erkrankungen der Athmungsorgane zu verhüten. Wenn überdies das nämliche Mittel gegen Unverdaulichkeit, Störungen des Stuhlgangs und anderer Magen- und Darmleiden die bewährtesten Dienste leistet, so darf es als eine doppelt willkommene Bereicherung der Hausapotheke betrachtet werden. Das vortreffliche Mittel ist in allen Apotheken à 85 S. zu erhalten und wird unter dem Namen Sodener Mineral-Pastillen verlangt.